

**Höchstspannungsleitung  
Osterath – Philippsburg; Gleichstrom  
Vorhaben gemäß Nr. 2 der Anlage zu  
§ 1 Abs. 1 BBPlG ("Ultraset")  
Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungstechnik  
(HGÜ)**

**Hier: Unterlagen gemäß § 21 NABEG für das  
Planfeststellungsverfahren für den Abschnitt  
Landesgrenze NRW / RLP – Pkt. Koblenz**

Register 24

**Kommunale Bauleitplanung und  
städtebauliche Belange**

Auftraggeber

**Amprion GmbH  
Dortmund**

Juni 2024

**Vorhabenträgerin:**

**Amprion GmbH**

Robert-Schuman-Str. 7  
44263 Dortmund

Ansprechpartnerin:

Susanne Ende  
Netzprojekte  
Gleichstrom-Netzprojekte Ultramet  
Info-Hotline: 0800 – 5895 2473  
E-Mail: [ultranet@amprion.net](mailto:ultranet@amprion.net)

**Gutachterbüro:**

Institut für Landschaftsentwicklung  
und Stadtplanung (ILS Essen GmbH)  
Frankenstr. 332  
45133 Essen

Bearbeitung:

M. Sc. Landschaftswiss. Annika Bast  
Dipl.-Umweltwiss. Judith Schonfeld  
Dipl.-Ing. Joachim Weiland

## Inhaltsverzeichnis

1	Einführung.....	4
1.1	Ausgangslage.....	4
1.2	Zielsetzung.....	4
1.3	Rechtliche Grundlagen.....	4
2	Analyse des Vorhabens im Hinblick auf Kommunale Bauleitungen und städtebauliche Belange .....	5
2.1	Kurzbeschreibung des Vorhabens.....	5
2.2	Beschreibung und Beurteilung des derzeitigen Zustandes .....	6
2.3	Potenzielle Konflikte des Vorhabens mit der Bauleitplanung .....	10
2.3.1	§§ 34/35 BauGB (Innen-/Außenbereich).....	12
2.3.2	Sonstige Satzungen nach BauGB .....	12
2.3.3	Sonstige städtebauliche Planungen.....	12
3	Literatur .....	13

## Tabellenverzeichnis

<b>Tabelle 1:</b>	Städte, Gemeinden und Landkreise im geplanten Trassenverlauf .....	5
<b>Tabelle 2:</b>	Abgerufene Links der Geoportale der Städte und Gemeinden.....	7
<b>Tabelle 3:</b>	Übersicht der Abfrage der Städte und Gemeinden bzgl. aktueller Flächennutzungs-pläne und Bebauungspläne .....	8
<b>Tabelle 4:</b>	Städte und Gemeinden entlang der Trasse mit Wohnsiedlungsflächen im UR.....	8
<b>Tabelle 5:</b>	Gemischte Nutzung, Wohnhäuser und besondere Funktionen außerhalb geschlossener Ortschaften .....	9

# 1 Einführung

## 1.1 Ausgangslage

Innerhalb des verfahrensgegenständlichen Abschnitts „Landesgrenze NRW / RLP – Pkt. Koblenz“ nutzt das Vorhaben ausschließlich bestehende Leitungstrassen. In bestehender Trasse werden zehn Maste erhöht und deren Fundament sowie der Maststahl verstärkt, an insgesamt 102 bestehenden Masten ist lediglich ein Isolatorentausch vorzunehmen. Mastneubauten bzw. Ersatzneubauten in bestehender Trasse, Neubauabschnitte sowie die Errichtung neuer Spannungsfelder sind in diesem Genehmigungsabschnitt nicht erforderlich.

Die für die Bauphase erforderlichen Provisorien (110-kV-Baueinsatzkabel) sind Bestandteil des beantragten Vorhabens. Diese werden zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit kreuzender Freileitungen erforderlich.

Mit der Umsetzung des Vorhabens sind im gegenständlichen Abschnitt „Landesgrenze NRW / RLP – Pkt. Koblenz“ keine notwendigen Folgemaßnahmen an anderen Anlagen i. S. v. § 75 Abs. 1 Satz 1 VwVfG verbunden.

Im Folgenden werden die kommunale Bauleitplanung und die städtebaulichen Belange der Gemeinden und Städte entlang der Trasse betrachtet.

## 1.2 Zielsetzung

Ziel der folgenden Betrachtung ist es zu ermitteln, ob und inwieweit durch das Vorhaben Konflikte mit Flächennutzungsplänen und Bebauungsplänen ausgelöst werden können. In diesem Zusammenhang werden alle relevanten kommunalen Planungen nach erster Offenlegung ermittelt und betrachtet. Es wird darauf eingegangen, inwieweit städtebauliche Belange vom Vorhaben betroffen sind.

Dabei wird insbesondere folgendes berücksichtigt:

- §§ 34 und 35 BauGB (Innen-/Außenbereich)
- Sonstige Satzungen nach BauGB
- Sonstige städtebauliche Planungen

Darüber hinaus wird dargelegt, inwieweit durch das Vorhaben wesentliche Teile eines Gemeindegebietes einer durchsetzbaren gemeindlichen Planung entzogen oder kommunale Einrichtungen erheblich beeinträchtigt werden.

## 1.3 Rechtliche Grundlagen

Gemäß § 38 S. 1 BauGB sind städtebauliche Belange bei Planfeststellungen für Vorhaben mit überörtlicher Bedeutung im Rahmen der Abwägung zu berücksichtigen. § 18 Abs. 4 S. 8 NABEG stellt dies klar. Damit sind städtebauliche Belange nicht als striktes Recht zu beachten, sondern können auch im Einzelfall im Rahmen der Abwägung überwunden werden.

Das Bundesamt für Strahlenschutz führt auf der Internetseite Hinweise zum Abstand von Wohngebäuden zu Freileitungen und Erdkabeln auf. Darunter befindet sich als erster Spiegelstrich folgender Hinweis: „Es gibt in Deutschland kein Gesetz, das einen Mindestabstand von Hochspannungsleitungen zu Wohngebäuden vorschreibt.“ (vgl. BfS, 2024).

In den Landesentwicklungsplänen (LEP) von Hessen bzw. NRW sind Vorgaben bezüglich des Abstandes von Höchstspannungsfreileitungen zu Wohngebäuden im Innen- und Außenbereich aufgeführt, vergleichbare Angaben gibt es demgegenüber im rheinlandpfälzischen LEP nicht (vgl. MDI RLP, 2008).

Gemäß § 15 Abs. 1 S. 2 NABEG haben Bundesfachplanungen grundsätzlich Vorrang vor nachfolgenden Planungen, insbesondere Landesplanungen und Bauleitplanungen.

## 2 Analyse des Vorhabens im Hinblick auf Kommunale Bauleitungen und städtebauliche Belange

### 2.1 Kurzbeschreibung des Vorhabens

Der verfahrensgegenständliche Abschnitt hat eine Länge von ca. 43,7 km und verläuft in Nordwest-Südost-Richtung beginnend im Bereich der Landesgrenze NRW / RLP (Mast 99, Bl. 4197) nördlich der Stadt Bad Neuenahr-Ahrweiler bis hin zum Pkt. Koblenz, welcher sich innerhalb von Gewerbeflächen der Stadt Koblenz (Stadtteil Wallersheim) befindet. Die Trasse verläuft dabei durch die Landkreise Ahrweiler und Mayen-Koblenz und die Stadt Koblenz (RLP) im Bereich folgender Städte/Gemeinden:

**Tabelle 1:** Städte, Gemeinden und Landkreise im geplanten Trassenverlauf

Bundesland	Landkreis / kreisfreie Stadt	Stadt / Gemeinde
Rheinland-Pfalz	Ahrweiler	Grafschaft Bad Neuenahr-Ahrweiler Sinzig Bad Breisig Gönnersdorf Burgbrohl Brohl-Lützing
Rheinland-Pfalz	Mayen-Koblenz	Andernach Kettig Mülheim-Kärlich
Rheinland-Pfalz	Stadt-Koblenz	Koblenz

Innerhalb des Trassenabschnitts zwischen Landesgrenze NRW/RLP und dem Pkt. Koblenz ist geplant und beantragt, einen bestehenden Drehstromkreis zukünftig als  $\pm 380$ -kV Gleichstromkreis zu nutzen und die dafür notwendigen technischen Anpassungen vorzunehmen (vgl. Kapitel 4.2 in Register 1). Dies betrifft:

- die bestehende 110-/380-kV-Höchstspannungsfreileitung Weißenthurm – Sechtem, Bl. 4197,
- die bestehende 220-/380-kV-Höchstspannungsfreileitung Pkt. Neuenahr – Koblenz, Bl. 4502,
- die bestehende 220-/380-kV -Höchstspannungsfreileitung Weißenthurm – KKW Kärlich, Bl. 4130 und
- die bestehende 380-kV-Höchstspannungsfreileitung Brauweiler – Koblenz, Bl. 4511.

Der  $\pm 380$ -kV Gleichstromkreis soll alternativ auch temporär als 380-kV Drehstromkreis betrieben werden (vgl. Kapitel 5.5.1 in Register 1).

Darüber hinaus gehören folgende Bestandteile bzw. Maßnahmen zum antragsgegenständlichen Vorhaben:

- Gemäß § 18 Abs. 5 NABEG i. V. m. § 43c EnWG, § 75 Abs. 1 Satz 1 VwVfG wird durch die Planfeststellung die Zulässigkeit des Vorhabens (hier: des Abschnittes „Landesgrenze NRW / RLP – Pkt. Koblenz“) einschließlich der notwendigen Folgemaßnahmen an anderen Anlagen im Hinblick auf alle berührten öffentlich-rechtlichen Belange festgestellt. Vorliegend sind jedoch keine Folgemaßnahmen an anderen Anlagen notwendig (vgl. Kapitel 7 in Register 1).
- Weiterhin sind auch (ggf. vorgezogene) landschaftspflegerische und naturschutzfachlich erforderliche Kompensationsmaßnahmen (Ausgleich/Ersatz, CEF-Maßnahmen, Schadensbegrenzung) als Ergebnis der durchzuführenden Ermittlung von Eingriffsfolgen Bestandteil des beantragten Vorhabens (vgl. Register 18, 19 und 20).
- Auch die für die Umsetzung des Vorhabens erforderlichen Provisorien sind Bestandteil des beantragten Vorhabens (vgl. Kapitel 1.3 in Register 1).

Eine detaillierte Beschreibung des Vorhabens ist im Erläuterungsbericht (Register 1) enthalten.

## **2.2 Beschreibung und Beurteilung des derzeitigen Zustandes**

Der Abschnitt Landesgrenze NRW / RLP – Pkt. Koblenz liegt vollständig in Rheinland-Pfalz. Der überwiegende Teil des Abschnittes liegt in den Kreisen Ahrweiler und Mayen-Koblenz, im Süden befindet sich die Stadt Koblenz (kreisfreie Stadt). Innerhalb dieser Gebietskörperschaften liegt auch der 500 m-Untersuchungsraum für das Schutzgut „Menschen, insbesondere die menschliche Gesundheit“ (vgl. Register 17, Kapitel 5.1).

Innerhalb des 500 m-Untersuchungsraums befinden sich Siedlungsflächen aller in Tabelle 1 genannten Städte und Gemeinden.

Bereits im Rahmen der Erstellung der Unterlagen zur Bundesfachplanung wurde gemäß § 8 NABEG die Bauleitplanung inklusive in Aufstellung befindlicher Pläne und Entwürfe abgefragt und entsprechend berücksichtigt. Im Rahmen der Erstellung der hier vorliegenden Planfeststellungsunterlagen gemäß § 21 NABEG wurden diese Daten für das hier gegenständliche Vorhaben durch das Planungsbüro Landschaft! Büro für Landschaftsplanung GmbH aktualisiert. Bei der Bestandserfassung im Schutzgutkapitel „Menschen, insbesondere die menschliche Gesundheit“ des UVP-Berichts (vgl. Register 17, Kap. 5.1) wurden die Flächennutzungs- und Bebauungspläne der vorstehend genannten Gemeinden und Städte hinsichtlich der als Siedlungsflächen genutzten Bereiche ausgewertet und kartografisch dargestellt (vgl. Register 17, Anhang A, Karte 5.1.1).

Hierzu wurden die Geodatenportale der Städte und Gemeinden hinsichtlich der dort eingestellten Bauleitplanverfahren (FNP / B-Pläne) gesichtet sowie Angaben zur Bauleitplanung bei den Kommunen per E-Mail angefragt. Die Datenrecherche ist im UVP-Bericht (Register 17, dortiges Kapitel 5.1.4.1) dokumentiert.

**Tabelle 2:** Abgerufene Links der Geoportale der Städte und Gemeinden

Stadt/Gemeinde	Link zum Geoportal
Grafschaft	<a href="https://www.gemeinde-grafschaft.de/rathaus/bauleitplanung/bebauungsplaene/">https://www.gemeinde-grafschaft.de/rathaus/bauleitplanung/bebauungsplaene/</a>
Bad Neuenahr-Ahrweiler	<a href="https://www.bad-neuenahr-ahrweiler.de/bauleitplanung/">https://www.bad-neuenahr-ahrweiler.de/bauleitplanung/</a>
Sinzig	<a href="https://www.sinzig.de/rathaus-und-buergerservice/planen-bauen-wohnen/bauleitplanung/">https://www.sinzig.de/rathaus-und-buergerservice/planen-bauen-wohnen/bauleitplanung/</a>
Bad Breisig	<a href="https://www.bad-breisig.de/verwaltung/aktuelles/behordenbeteiligungen/">https://www.bad-breisig.de/verwaltung/aktuelles/behordenbeteiligungen/</a>
Gönnersdorf	<a href="https://www.bad-breisig.de/verwaltung/aktuelles/behordenbeteiligungen/">https://www.bad-breisig.de/verwaltung/aktuelles/behordenbeteiligungen/</a>
Burgbrohl	<a href="https://www.brohltal-verwaltung.de/bauen-wohnen-umwelt/auslegungsverfahren/">https://www.brohltal-verwaltung.de/bauen-wohnen-umwelt/auslegungsverfahren/</a>
Brohl-Lützing	<a href="https://www.bad-breisig.de/verwaltung/aktuelles/behordenbeteiligungen/">https://www.bad-breisig.de/verwaltung/aktuelles/behordenbeteiligungen/</a>
Weißenthurm	<a href="https://www.verbandsgemeindeweissenthurm.de/buergerservice-rathaus/bauverwaltung/bebauungsplaene/bebauungsplaene-rechtsverbindlich/weissenthurm/">https://www.verbandsgemeindeweissenthurm.de/buergerservice-rathaus/bauverwaltung/bebauungsplaene/bebauungsplaene-rechtsverbindlich/weissenthurm/</a> <a href="https://www.geoportal.rlp.de/">https://www.geoportal.rlp.de/</a>
Andernach Kettig Mülheim-Kärlich Koblenz	<a href="https://www.geoportal.rlp.de/">https://www.geoportal.rlp.de/</a>

Über den Abruf der Geoportale hinaus wurden die Kommunen per E-Mail angeschrieben, ob weitere (aktuelle) Planungen zu berücksichtigen sind, die noch nicht Eingang ins Geodatenportal gefunden haben (vgl. Tabelle 3).

**Tabelle 3:** Übersicht der Abfrage der Städte und Gemeinden bzgl. aktueller Flächennutzungspläne und Bebauungspläne

Stadt/Gemeinde	Anfrage	Antwort	Daten
Grafschaft	30.06.2023	20.07.2023 01.08.2023	Unterlagen im pdf-Format
Bad Neuenahr-Ahrweiler	04.07.2023	06.07.2023	Unterlagen im pdf-Format
Sinzig	04.07.2023	12.07.2023 13.07.2023 14.07.2023	Unterlagen im pdf-Format
Bad Breisig	04.07.2023	14.08.2023	Unterlagen im pdf-Format
Brohlthal	04.06.2023	11.07.2023	Unterlagen im pdf-Format
Andernach	05.07.2023	09.08.2023	keine weiteren Unterlagen
Weißenthurm	11.07.2023	18.07.2023	Unterlagen im pdf-Format
Koblenz	13.07.2023	16.08.2023	keine weiteren Unterlagen

Entlang der Trassenachse des gegenständlichen Vorhabens befinden sich in mehreren Bereichen Wohnsiedlungsflächen (Wohngebiete, Misch- und Dorfgebiete) und sensible Sondergebiete (z. B. Schulen, Kindergärten) zum Teil innerhalb des Untersuchungsraums (UR). Die Abstände der durch die ATKIS-Daten abgegrenzten Flächen zur Leitungssachse sind Tabelle 4 und Tabelle 5 zu entnehmen.

**Tabelle 4:** Städte und Gemeinden entlang der Trasse mit Wohnsiedlungsflächen im UR

Gemeinde / Ortsgemeinde / Stadt	Ortsteil	Abstand zur Leitungssachse
Gemeinde Grafschaft	Beller Bengen	ca. 300 m ca. 90 m
Stadt Bad Neuenahr-Ahrweiler	Heppingen Bad Neuenahr Heimersheim	ca. 10 m ca. 350 m Überspannung (Gärten)
Stadt Sinzig	Löhndorf Franken	ca. 350 m ca. 10 m
Stadt Bad Breisig	Auf Wallers	Überspannung (Lagerfläche)
Ortsgemeinde Gönnersdorf	Gönnersdorf	ca. 100 m
Ortsgemeinde Brohl-Lützing	Niederlützingen	ca. 80 m
Ortsgemeinde Burgbrohl	Lützingen	ca. 490 m
Stadt Andernach	Kell Eich Andernach Miesenheim	ca. 410 m ca. 180 m ca. 180 m ca. 60 m
Ortsgemeinde Kettig	Kettig	Überspannung (Wohngebäude)
Stadt Weißenthurm	Weißenthurm	ca. 350 m



Gemeinde / Ortsgemeinde / Stadt	Ortsteil	Abstand zur Leitungsachse
Stadt Mülheim-Kärlich	Mülheim-Kärlich	Überspannung (gemischte Nutzung)
	Urmitz-Bahnhof	ca. 400 m
	Gewerbepark Mülheim-Kärlich	ca. 380 m
Stadt Koblenz	Bubenheim	ca. 140 m
	Wallersheim	ca. 220 m

**Tabelle 5:** Gemischte Nutzung, Wohnhäuser und besondere Funktionen außerhalb geschlossener Ortschaften

Nächster Mast	Art der Nutzung	Lage	Stadt / Gemeinde	Abstand zur Leitungsachse
Nr. 97 (Bl. 4197)	Besondere Funktion (Schule)	Are-Gymnasium (Containerdorf *)	Gemeinde Grafschaft	ca. 40 m
Nr. 96 (Bl. 4197)	Gemischte Nutzung	Nördlich Ortsteil Beller	Gemeinde Grafschaft	ca. 50 m
Nr. 74 (Bl. 4197)	Gemischte Nutzung	Südwestlich von Heimersheim	Stadt Bad Neuenahr-Ahrweiler	ca. 30 m
Nr. 66 (Bl. 4197)	Gemischte Nutzung	Südlich von Löhn-dorf	Stadt Sinzig	ca. 120 m
Nr. 64 (Bl. 4197)	Gemischte Nutzung	Südlich von Löhn-dorf	Stadt Sinzig	ca. 100 m
Nr. 62 (Bl. 4197)	Gemischte Nutzung	Südöstlich von Löhndorf	Stadt Sinzig	ca. 470 m
Nr. 60 (Bl. 4197)	Wohnbaufläche	An der L 86	Stadt Sinzig	ca. 350 m
Nr. 58 (Bl. 4197)	Wohnbaufläche	Nördlich von Franken	Stadt Sinzig	ca. 420 m
Nr. 47 (Bl. 4197)	Gemischte Nutzung	Eichenhof	Stadt Bad Breisig, Ortsgemeinde Gönnersdorf	ca. 290 m
Nr. 40 (Bl. 4197)	Gemischte Nutzung	Westlich von Niederlützingen	Ortsgemeinde Brohl-Lützing	ca. 120 m
Nr. 31 (Bl. 4197)	Gemischte Nutzung	Pönter Mühle	Stadt Andernach	ca. 380 m
Nr. 29 (Bl. 4197)	Gemischte Nutzung	Pönterhof	Stadt Andernach	ca. 30 m
Nr. 28 (Bl. 4197)	Gemischte Nutzung	Jakobstal	Stadt Andernach	ca. 70 m
Nr. 19 (Bl. 4197)	Gemischte Nutzung	Marienstätter Hof	Stadt Andernach	ca. 250 m
Nr. 11 (Bl. 4197)	Wohnbaufläche	Südlich von Andernach	Stadt Andernach	ca. 260 m
Nr. 5 (Bl. 4197)	Gemischte Nutzung	Nordöstlich von Miesenheim	Stadt Andernach	ca. 40 m

Nächster Mast	Art der Nutzung	Lage	Stadt / Gemeinde	Abstand zur Leitungsachse
Nr. 5 (Bl. 4197)	Gemischte Nutzung	Gut Nettehammer	Stadt Andernach	Überspannung (Reitplatz)
Nr. 323 (Bl. 4502)	Gemischte Nutzung	Am Saffiger Weg	Stadt Andernach	ca. 320 m
Nr. 324 (Bl. 4502)	Gemischte Nutzung	Gertrudenhof	Ortsgemeinde Kettig	ca. 310 m
Nr. 267 (Bl. 4511)	Gemischte Nutzung	Südlich von Weißenthurm	Stadt Weißenthurm	ca. 410 m
Nr. 1270 (Bl. 4511)	Gemischte Nutzung	Wies'n Hof	Ortsgemeinde Kettig	ca. 150 m
Nr. 272 (Bl. 4511)	Gemischte Nutzung	Heinrichshof	Stadt Mülheim-Kärlich	ca. 320 m
Nr. 273 (Bl. 4511)	Gemischte Nutzung	Nördlich Kärlich	Stadt Mülheim-Kärlich	ca. 390 m
Nr. 275 (Bl. 4511)	Gemischte Nutzung	Rolandshof	Stadt Mülheim-Kärlich	ca. 220 m
Nr. 276 (Bl. 4511)	Besondere Funktion (Schule)	Gymnasium, Haupt- und Realschule Mülheim-Kärlich	Stadt Mülheim-Kärlich	ca. 60 m
Nr. 277 (Bl. 4511)	Wohnbaufläche und gemischte Nutzung	Nördlich Mülheim-Kärlich	Stadt Mülheim-Kärlich	ca. 90 m
Nr. 278 (Bl. 4511)	Gemischte Nutzung	Nördlich Mülheim-Kärlich, an der L125	Stadt Mülheim-Kärlich	ca. 80 m
Nr. 278 (Bl. 4511)	Gemischte Nutzung	Nördlich Mülheim-Kärlich, an der L125	Stadt Mülheim-Kärlich	Überspannung
Nr. 281 (Bl. 4511)	Besondere Funktion (Kindertagesstätte)	Interaktive Kindertageseinrichtung „Paukenzwerge“	Stadt Mülheim-Kärlich	ca. 50 m
Nr. 283 (Bl. 4511)	Wohnbaufläche	An der Koblenzer Straße	Stadt Mülheim-Kärlich	ca. 280 m
Nr. 283 (Bl. 4511)	Wohnbaufläche	An der Koblenzer Straße	Stadt Mülheim-Kärlich	ca. 310 m
Nr. 284 (Bl. 4511)	Gemischte Nutzung	An der Koblenzer Straße	Stadt Mülheim-Kärlich	ca. 150 m
Nr. 288 (Bl. 4511)	Besondere Funktion (Funktion unbekannt) und gemischte Nutzung	Mailust	Stadt Koblenz	Überspannung

\* Auf der Höhe von Mast Nr. 97 (Bl. 4197) wurde nach dem Hochwasser der Ahr 2021 ein temporäres Containerdorf errichtet, um den Schulbetrieb des Are Gymnasiums in der Gemeinde Grafschaft aufrecht zu erhalten (Quellen: <https://www.openstreetmap.org>, <https://are-gymnasium.de/>).

## 2.3 Potenzielle Konflikte des Vorhabens mit der Bauleitplanung

Das Vorhaben wird vollständig in bestehenden Trassen realisiert (vgl. Kap. 2.1). Mastneubauten und Ersatzneubauten in bestehender Trasse, Neubauabschnitte bzw. die Errichtung neuer Spannfelder sind in diesem Genehmigungsabschnitt nicht erforderlich.

Die Bestandstrassen wurden bereits zwischen 1926 und 1993 errichtet (bei der BL 4197 ist zwischen 2009 und 2013 ein Ersatzneubau erfolgt). Die Wohnbebauung in den Städten und Gemeinden ist vielerorts mit den Jahren an die bestehenden Hochspannungstrassen herangerückt. An der bestehenden Lage der Freileitungen bzw. der jeweiligen Maststandorte gibt es bei dem gegenständlichen Vorhaben keine Veränderungen, so dass die räumliche Situation vor Ort unverändert bleibt. Auch der Schutzstreifen der Freileitungen verändert sich in seiner räumlichen Ausdehnung nicht.

In Rheinland-Pfalz sind mit Ausnahme des seit 2013 bestehende Überspannungsverbot von Gebäuden und Gebäudeteilen, die zum dauerhaften Aufenthalt von Menschen bestimmt sind (hier nicht zutreffend) keine Abstände von Wohnbauflächen zu Freileitungen zu berücksichtigen.

Angesichts der gesetzlichen Verpflichtung aus § 1 Abs. 7 BauGB bei der Aufstellung von Bauleitplänen, die öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander gerecht abzuwägen, kann davon ausgegangen werden, dass die kommunalen Planungsträger den vorhandenen Leitungsbestand als Belang einer evtl. konkurrierenden Raumnutzung erkannt und gem. § 1 Abs. 7 BauGB bei der Aufstellung ihrer Bauleitpläne berücksichtigt haben. Insbesondere sind bei der Bauleitplanung die Belange der Energie- und Wasserversorgung, einschließlich der Versorgungssicherheit (vgl. § 1 Abs. 6, Ziffer 7 lit. f)) zu berücksichtigen. Zudem wäre ein Bebauungsplan, der Flächen mit Bestandsanlagen anderweitig überplant, nicht vollziehbar.

Bei der Nutzung bestehender Trassen kann folglich davon ausgegangen werden, dass eine neue abwägungserhebliche Betroffenheit der kommunalen Planungshoheit von beachtlichen Gewicht nicht gegeben ist, wenn die gegenwärtige Situation in räumlicher Hinsicht nicht erheblich verändert wird.

Potenzielle Konflikte von Freileitungen mit Kommunaler Bauleitplanung sind daher nur bei Mastneubauten, Mastersatzneubauten, Neubauabschnitten, neuen Spannfeldern bzw. Änderungen am Schutzstreifen zu betrachten. Alle diese Aspekte treffen bei dem gegenständlichen Vorhaben nicht zu. Die voran genannte Annahme ist daher für den gesamten Genehmigungsabschnitt zutreffend, da das Vorhaben ausschließlich auf Bestandstrassen realisiert wird.

Es werden daher keine Konflikte mit den Darstellungen bzw. Festsetzungen der zu betrachtenden Flächennutzungs- und Bebauungsplänen ausgelöst.

### **2.3.1 §§ 34/35 BauGB (Innen-/Außenbereich)**

Satzungen nach § 34 Abs. 4 und § 35 Abs. 6 BauGB unterliegen eigenständigen Regelungen und stellen neben der Bauleitplanung eigenständige Instrumente städtebaulicher Planung für den Innen- und Außenbereich dar. Sie können unter den Voraussetzungen der §§ 34 Abs. 5 und 6 und 35 Abs. 6 BauGB erlassen werden. Dabei sind vorhandene Flächennutzungspläne, Bebauungspläne und Regionalpläne zu berücksichtigen. Die vom Vorhaben genutzten Bestandstrassen sind in den Regionalplänen dargestellt. Diese Ziele der Raumordnung entfalten Bindung auch gegenüber derartigen Satzungen, und zwar über das Kriterium der geordneten städtebaulichen Entwicklung (§ 34 Abs. 5 S. 1 Nr. 1 und § 35 Abs. 6 S. 4 Nr. 1 BauGB), welches auch die Ziele der Raumordnung beinhaltet, sowie über § 4 Abs. 1 Nr. 1 ROG hinaus. Entgegenstehende Ziele der Raumordnung können mithin durch die städtebaulichen Satzungen nicht überwunden werden. Sie können raumordnerisch ausgewiesene Flächennutzungen weder ändern noch deren Änderung als Ziel beinhalten.

Da das gegenständliche Vorhaben ausschließlich auf Bestandstrassen realisiert wird, die bereits zwischen 1926 und 1993 errichtet wurden, ist ein Widerspruch zu den raumordnerisch ausgewiesenen Flächennutzungen (vgl. MDI RLP, 2024) nicht gegeben.

### **2.3.2 Sonstige Satzungen nach BauGB**

Sonstige Satzungen nach BauGB (abgesehen von Innen- und Außenbereichssatzungen) beschäftigen sich mit Inhalten, die von ihrem Wesen her durch das geplante Vorhaben nicht betroffen sind, wie z.B. die Vorkaufssatzung, die Ortsbildsatzungen oder die Milieuschuttsatzung. Eine Berücksichtigung der sonstigen Satzungen der einzelnen betroffenen Städte bzw. Gemeinden ist daher nicht erforderlich.

Da das Vorhaben ausschließlich bestehende Trassen nutzt, werden durch das Vorhaben weder wesentliche Teile eines Stadt- bzw. Gemeindegebietes einer durchsetzbaren kommunalen Planung entzogen noch kommunale Einrichtungen erheblich beeinträchtigt.

### **2.3.3 Sonstige städtebauliche Planungen**

Sonstige städtebauliche Planungen wurden der Vorhabenträgerin im Rahmen der durchgeführten Abfragen von Flächennutzungs- und Bebauungsplänen bei den in Betracht kommenden Kommunen nicht übermittelt. Weiterhin ist davon auszugehen, dass etwaige sonstige städtebauliche Planungen durch das Vorhaben nicht betroffen sind, da für das Vorhaben ausschließlich bestehende Trassen genutzt werden. Darüber hinaus werden keine Konflikte erwartet, da das Vorhaben den Kommunen durch die Bundesfachplanung bekannt ist und die Kommunen in dem Verfahren zur Bundesfachplanung bzw. dem Verfahren gemäß §19 NABEG beteiligt wurden.

### **3 Literatur**

BauGB Baugesetzbuch vom 23. Juni 1960, neugefasst durch Bek. vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Art. 3 G v. 20. Dezember 2023 ((BGBl. 2023 I Nr. 394)

BfS (Bundesamt für Strahlenschutz) (2024): Hinweise zum Abstand von Wohngebäuden zu Freileitungen und Erdkabeln, abgerufen unter <https://www.bfs.de/DE/themen/emf/netzausbau/schutz/abstand/abstand-wohngebaeude-stromleitungen.html> am 26.02.2024

MDI RLP (Ministerium des Innern und für Sport des Landes Rheinland-Pfalz) (2008): Landesentwicklungsprogramm in der Fassung vom 07.10.2008 (LEP IV), 4. Teilfortschreibung, in Kraft getreten am 17. Januar 2023, abgerufen unter <https://mdi.rlp.de/themen/raumentwicklung-in-rheinland-pfalz/landesentwicklungsprogramm/lep-iv> am 26.02.2024

MDI RLP (Ministerium des Innern und für Sport des Landes Rheinland-Pfalz) - Oberste Landesplanungsbehörde (2024): Geoportal der Raumordnung und Landesplanung, abgerufen unter <https://ris.rlp.de/> bzw. <https://extern.ris.rlp.de/> am 28.02.2024